Herrn Bürgermeister

Sebastian Täger

Gemeinde Senden

Münsterstr. 30

48308 Senden

zur Kenntnis: Senden, 19.8.2021

Holger Bothur

Herr Sandbaumhüter

**Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Täger,

im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bitte ich Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität am 23.9.2021 zu setzen:

Antrag:

**Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Erstellung eines Konzeptes und eines Umsetzungsplans für den Ausbau der öffentlichen und privaten Ladeinfrastruktur in der Gemeinde Senden**

**Die Gemeinde wird beauftragt, Fördergelder für fachliche Beratung beim Thema „Ausbau der öffentlichen und privaten Ladeinfrastruktur in der Gemeinde Senden“ zu beantragen und ein Konzept für den Ausbau dieser Ladeinfrastruktur in der Gemeinde zu erstellen.**

**Begründung:**

Die Anzahl der neu zugelassenen Elektroautos stieg im Jahr 2020 stark an: im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 192 %, und dieser Trend setzt sich fort.

Der Ausbau der privaten und öffentlichen Ladeinfrastruktur allerdings läuft weiterhin schleppend.

Um die im Masterplan Ladeinfrastruktur der Bundesregierung bis 2030 geforderte eine Million öffentliche Ladepunkte zu erreichen, müssten pro Woche 2000 neue Ladepunkte entstehen – nur ein Zehntel davon wird tatsächlich errichtet.

Ohne fachliche Beratung und verbindliche Umsetzungspläne der Kommunen wird der Ausbau der Ladeinfrastruktur nicht gelingen, was insbesondere dazu führen wird, dass im wesentlichen Eigenheimbesitzer mit privater Wallbox ein Elektroauto nutzen können.

Damit jeder Bürger die Vorteile des E – Autos nutzen kann, ist es notwendig, Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum vorzuhalten.

Im ländlichen Raum wird der Individualverkehr weiterhin einen großen Stellenwert besitzen und daher ist die Förderung der E- Mobilität hier besonders wichtig. Der Umstieg auf die E- Mobilität ist für das Erreichen der Klimaschutzziele unverzichtbar.

Darüber hinaus führt es zur Reduktion der Geräuschemissionen.

Der Betrieb eines E- Autos ist wesentlich kostengünstiger als eines Verbrenners und darf daher nicht ein Privileg der Eigenheimbesitzer bleiben.

Ohne entsprechende Ladeinfrastruktur wird der Umstieg allerdings nicht gelingen, da niemand sich ein E – Auto anschafft, wenn das Laden unbequem ist.

Fördergelder gibt es über das BMVI und auch das Land NRW, z.B. mit dem Förderprogramm „Emmissionsarme Mobilität“ bei ProgresNRW.

Mit freundlichem Gruß



Sandra Maaß

Fraktionssprecherin

Bündnis 90/Die Grünen

Langeland 13

48308 Senden